

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 85 (2007)
Heft: 1

Artikel: Feminismus : alles in Butter?
Autor: Stämpfli, Regula
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-342001>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Feminismus: alles in Butter?

Wohltuendes Nicken als auch Ärger begleiten die Bilanz zu Frauen in der Schweizer Politik. Rein quantitativ gesehen, präsentiert sich ein Überblick auch im internationalen Vergleich zunächst erfreulich. Ein gutes Viertel in Parlament, zwei prominente Bundesrätinnen, eine

Regula Stämpfli

Nationalratspräsidentin, eine Bundeskanzlerin sowie viele Frauen in städtischen und kommunalen Exekutiven und Legislativen zeigen ein durchaus frauenpositives Bild. Nicht nur das. Die gewählten Frauen sind kompetent, engagiert und verändern die Politik in ihrer Gemeinde, in ihrem Kanton und je länger je mehr auch im Land.

Der Verweiblichung der Politik, die sich in einer relativ hohen numerischen Präsenz zeigt, folgt aber leider nicht wirklich die «Verweiblichung» der Macht, sondern eher eine «Verweichlichung» derselben. Denn die wirklich mächtigen Politikbereiche wie Steuer- und Finanz-, Medien- und Kulturpolitik sowohl kommunal, kantonal als auch national, befinden sich fast ausschliesslich in feministisch resistenter Männerhand, von positiven Ausnahmen abgesehen. Diese «Verweichlichung» der Ämterverteilung verweist die Frauen oft auf die schwierigen, politisch höchst polarisierten und kostenintensiven «weichen» Politiken wie Gesundheits-, Bildungs- und Fürsorgefragen, während die Männer weiterhin über die Reprä-

sentation, die Finanzen, die Energie- und Umweltpolitik sowie über die Standortpolitik verfügen. So verteilt sich die Macht auch bei relativ hohem Frauenanteil in der Politik in der Schweiz immer noch entlang der klassischen Geschlechtertrennung, was weder gut für die Politik noch gut für den Feminismus ist.

Doch rein numerisch hohe politische Frauenpräsenz blockiert solches genaues feministisches Hinschauen. So wurde 2003 Ruth Metzler ab- und Christine Beerli nicht gewählt. Die Frauen reagierten äusserst empört und gingen auf die Strasse. Ein Jahr später, auf den Tag genau, ernennt der Bundesrat zwei neue Spitzenbeamte, einen für das Bundesamt für Kultur, einen als neuen Staatssekretär. Der Frauenprotest bleibt selbstverständlich aus. 2006 ist es dann wieder soweit. Die Frauen – und auch die Männer – versammeln sich auf dem Bundesplatz und jubeln der neuen Bundesrätin Doris Leuthard zu. Endlich wieder eine Frau mehr in der Schweizer Exekutive! Juppieee! Dass eventuell die zwei Männer-Spitzenbeamten das Geschlechter-Macht-Gleichgewicht viel mehr stören als eine Frau mehr oder weniger im Bundesrat, kommt niemanden in den Sinn. Ebenso wenig fällt auf, dass für das Amt des Direktors für Arbeit das «chercher la femme!» nicht mal angedacht wurde.

Erschwerend hinzu kommen die modernen Entwicklungen der Demoskopie-Demokratie und der Mediendemokratie.

Immer mehr profilieren sich Politiker jedwelcher Couleur mit medialen Hahnenkämpfen. Der Feminismus als Leitfaden für Gerechtigkeit mutiert in dieser medial hochgefahrenen Tagesaktualität immer mehr zum völlig vernachlässigbaren Nebenschauplatz. Dies zeigt sich vor allem im Migrationsdossier.

Hier gibt es eine Tendenz vor allem der Grünen, kulturelle Identität statt Gerechtigkeit zu fördern. Damit werden soziale, rechtsstaatliche und bürgerrechtliche Solidaritäten zwischen den Geschlechtern, besonders in grünen Politiken, sträflich vernachlässigt. Denn der Prioritätenschutz für kulturelle Identität, die nur unter bestimmten Bedingungen und in gewissen Grenzen legitim ist, nährt oft fundamentalistische, nationalistische, rassistische und Frauen vernichtende Politiken. Rot-Grün verteidigt hier meist den Kulturschutz anstelle der Frauenrechte. Und ich denke, hier liegt einer der wichtigsten feministischen Knackpunkte für Rot-Grün. Denn da sich Feministinnen punkto Durchsetzung der universellen transnationalen Ansprüche für Gerechtigkeit nicht mehr auf Rot-Grün verlassen können, suchen sie Hilfe bei den Konservativen: Alice Schwarzer für Angela Merkel als Muster. Die Konservativen sind bezüglich der Rechtsgleichheit zwischen Mann und Frau – wenn auch aus nationalistischen und zum Teil aus rassistischen Gründen – oft die einzigen Kräfte, die die erreichten Grundrechte für Frauen explizit schützen, während die Linke und die Grünen diese durch migrationsrelativistische Gutmenschrhetorik wie einen Emmentaler löchern. Konsequenz davon ist, dass die klassische rot-grüne Unterstützung durch Frauen aller Couleurs zu wanken beginnt, was vor allem die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen überraschen könnte. Denn obwohl die SP ein durchdachtes Integrationspapier verfasst und vorgestellt hat, ist es ihr nicht gelungen, in diesem Thema die

Meinungsführerschaft der SVP und den Grünen zu entreissen – den demoskopisch prognostizierten Wahlgewinnern. Nur zur Erinnerung: Im Sorgenbarometer steht die Ausländerthematik direkt nach der ersten Sorge um soziale Sicherheit und Arbeitsplatz.

Neben all diesen durchaus nicht feministischen Nebensächlichkeiten, sondern die fundamentale Gerechtigkeit einer Gesellschaft tangierenden Problemen, kommt gerade in der Schweiz ein sexistischer Medienwandel zum Ausdruck, der nicht nur den Feminismus, sondern langfristig alle Frauen zerstört. Die Amerikanisierung der Politik ist im Fernsehkanton Zürich auch am weitesten fortgeschritten. Nirgendwo sonst wird soviel und omnipräsent geschlechterpolitischer Barbie-Schrott inszeniert wie in der Kultur-, Medien- und Mode-Hauptstadt Zürich. Dies meist mit der kräftigen Mithilfe von Frauen in wichtigen Medienpositionen, die in Anlehnung an die junge amerikanische New Yorker Journalistin Ariel Levy perfekt ins Schema «Female Chauvinist Pigs» passen. Denn was passiert?

Jeder Bürger und jede Bürgerin kennt mittlerweile den Namen der Miss Schweiz, weiss aber von der eigenen Regierungsrätin weder Namen noch die Aufgaben, die sie zu erledigen hat. Diese Antiaufklärung, kräftig auch von den öffentlich-rechtlichen Medien unterstützt, lässt dann auch die Tatsache, dass ein Mr. Schweiz mehr Erstaugustreden hält als jeder amtierende Bundesrat, unkommentiert stehen. Ebenso still akzeptiert wird der Umstand, dass ein öffentlich-rechtlicher Angestellter wie der Moderator Sven Epiney mehr verdient als fünf Regierungsrätinnen der kleinsten Kantone zusammengenommen.

So kommt auch die SP-Fraktionschefin und Nationalrätin Ursula Wyss auf die «brillante» Idee, sich in der Schweizer Illustrierten am 4.9.2006 als Model in

Obwohl die SP ein durchdachtes Integrationspapier hat, ist es ihr nicht gelungen, in diesem Thema die Meinungsführerschaft der SVP und den Grünen zu entreissen.

**Mittlerweile
vergisst auch Rot-
Grün gerne, dass
Feminismus heisst,
die Definitions-,
Kultur-, Wissen-
schafts-, Medien-
und Staatsmacht
zu brechen und
neu zu verteilen.**

einer Trendmodeschau zu posieren. Als ob ihr schickes Paar Stiefel ihre engagierte Integrationspolitik erklären würde! So sind sich die meisten rot-grünen Politiker und Politikerinnen nicht zu schade, der Schweizer Illustrierten ihre Schlafgelegenheit zu präsentieren, ganz so, ob sie noch nie etwas über den Unterschied zwischen Identität und Repräsentation gehört hätten. Wann sich die erste Nationalrätin in sexy Unterwäsche oder gar nackt präsentieren wird, ist wohl nur eine Frage der Zeit. Und auch das wird vermutlich in aller Stille passieren.

Die Philosophin Hannah Arendt meinte einmal, dass nicht das Engagement, sondern die Indifferenz den wahren Kern totalitärer politischer Kultur bildet. Sie hielt fest, dass eine Gesellschaft, die durch Denken in Beispielen nicht fähig sei, zu unterscheiden, Stellung zu beziehen und Gerechtigkeit walten zu lassen, die Banalität des Bösen darstelle. Das ist es, was mich an der politischen Entwicklung der letzten Jahre in der Schweiz ärgert. Diese gestiegene Indifferenz gerade gegenüber sexistischer Unterhaltung, Politik, Zeitvertreib, Konsum etc. auch der gewählten Politiker und Politikerinnen. Dieses Schulterzucken, jeden Sexismus locker als Spielart der Postmoderne anzunehmen. Diese völlige Gleichgültigkeit zu unterscheiden zwischen dem, was sich Private leisten dürfen und sollen und dem, was sich öffentlich-rechtliche Institutionen nie leisten dürfen und sollen. Denn es ist ein grosser Unterschied, ob der «Blick» mit der Schlagzeile «Edelhengst trifft Sexbombe» den Genfer Autosalon witzig ironisiert und mit nackten Frauen illustriert, oder ob 10vor10 über Christina Surers Playboy-Auftritt eine Welle von Zeitungsberichten, Talkshow-Besuchen und Radiominuten auslöst. Private dürfen sich jeden Schrott leisten, solange sie genug Leute finden, die für den Schrott auch bezahlen. Öffentlich-rechtliche Gelder unterliegen jedoch einem Legitimations-

druck. Doch diesen gibt es nur, wenn Frauen es wieder wagen, zu stören. Laut zu werden und zu protestieren. Wenn Frauen es wieder wagen, Macht statt Biologie zu thematisieren. Da dürften die Männer ruhig auch helfen.

Mittlerweile vergisst auch Rot-Grün gerne, dass Feminismus nicht einfach bedeutet, immer eine Frau statt einen Mann in einen Vorzeigeposten zu hieven, sondern dass Feminismus heisst, die Definitions-, Kultur-, Wissenschafts-, Medien- und Staatsmacht zu brechen und neu zu verteilen. Feminismus heisst auch, dass Frauen, die sich behaupten, nicht einfach zu enthaupten. Feminismus heisst vor allem auch: Laut denken und laut reden. Und Feminismus heisst seit seiner ersten Stunde: Kampf gegen Frauen- und Kinderhandel. Kampf gegen die Prostitution. Doch dies scheint allen egal zu sein. Symbolik statt Machtanalyse dominiert den Diskurs.

Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass der Feminismus sich von der Bewegung zur staatlichen Institution gewandelt hat. Eingeklemmt zwischen den schier unmöglichen Aufgaben bei gleichzeitig knappen Ressourcen, sehen sich die Gleichstellungsbüros gleichzeitig einer feministischen Akademisierung ausgesetzt, die statt knallharter Machtanalyse ausschliesslich Gender-Karneval betreibt. Die Folgen solch antifeministischer Gesellschafts- und Wissenschaftsstrategien zeigen sich massiv in der Pornografisierung des Alltags. Diese Ungleichzeitigkeit von politischer Frauenpower und gesellschaftlicher Prostituiertenmentalitäten bringen dann Absurditäten hervor, die so unwirklich sind, dass sie schon fast erfunden werden müssten.

Da planen beispielsweise Bundespräsidentin und Nationalratspräsidentin eine Frauenveranstaltung für den 1. August auf dem Rütli, während zur selben Zeit

Roman Kilchsperger unter grossem Gelächter («Du stichst zu, während der Mutterkuchen noch halb drin ist») im öffentlich-rechtlichen Fernsehen mit Hunderttausenderpublikum unter den 14- bis 30-jährigen Sexismus pur propagieren kann, ohne dass auch nur jemand «Aua» schreit. Da reklamieren die paar noch lebenden Feministinnen für ein Verbot sexistischer Werbung, während vor allem die mit Steuergeldern finanzierten Medienprodukte, allen voran eben SF, Frauen verachtende Karikaturen, Frauen verhunzende Sprüche sowie Frauen vernichtende Klischees en masse publizieren, ohne je mit einem Sende- und Werbeverbot verwarnt zu werden. Wenn schon die NZZ am Sonntag über die Lancierung des neuen Pirelli-Kalenders so berichtet wie über eine FDP-Delegiertenversammlung, dann sollten wenigstens die paar denkenden Frauen in diesem Land merken, dass irgendwas schief läuft.

Anders als in Grossbritannien, den USA und Frankreich – Ländern, in welchen Frauen in der Politik numerisch schlechter als in der Schweiz vertreten sind –, reklamieren hier die Feministinnen (Was ist mit ihnen passiert? Im Genderbad der postmodernen Inszenierungen ertrunken?) bei wirklich relevanten Themen nicht. Frauen verachtende Zoten in «Deal or No Deal», in «Music Star» oder dem abgesetzten «Black'n'Blond» werden nicht nur toleriert, sondern in der Verantwortung von Frauen inszeniert. «Sahleweidli» und «Pfahlbauer» zelebrieren – von feministischen Buhrufen völlig ungestört – klassische Geschlechterrollen in einer antiaufklärerischen Live-Fetischismus-Geschichte, die so entpolitisiert

ist, dass im Vergleich dazu die Folgen von «Lüthi und Blanc» direkt radikalrevolutionär wirken. Protestiert wird nur für den Naturschutz. Ein sehr sprechendes Zeichen des feministischen Zustandes dieses Landes! Diese fehlenden Proteste irritieren, to say the least. Sind die Schweizer Frauen also nun einfach blind, taub oder so postmodern geworden, dass sie Playboyhäschen mittlerweile als feministischen Expressionismus interpretieren? Oder scheint alles in feministischer Butter, weil es ja so zahlreiche gute und prominente Politikerinnen in wichtigen Positionen des Staates gibt? Die Bilanz dazu steht noch aus.

Literatur

Ariel Levy, *Female Chauvinist Pigs. Women and the Rise of Raunch Culture*, London 2006 (New York 2005), ISBN 1 416526382.

Dr. phil. Regula Stämpfli ist Politologin, Dozentin und Buchautorin (u. a. *Vom Stummbürger zum Stimmbürger. Das Abc zur Schweizer Politik*. Zürich 2003). Sie lebt und arbeitet in Brüssel und Bern und ist u. a. Mitglied des Ethikrats der öffentlichen Statistik der Schweiz (seit Dezember 2005) sowie des Stiftungsrates des Gosteli-Archivs (www.gosteli-foundation.ch). Stämpfli ist zudem Mutter von drei Söhnen im Alter von sechs, neun und elf Jahren.

Infos: www.regulastaempfli.ch

Die fehlenden

Proteste irritieren.



